

# Baugewerkschaft

## Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Abonnementspreis vierteljährlich 200 Mark (ohne Postgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. + Redaktionschluss: Montag morgens 8 Uhr

Geschäftsstelle und Schriftleitung  
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: Insetate 100 Mark, Reklame 300 Mark, für  
Veranstaltungsanzeigen 2 Mark pro Zeile. — Schluss der  
Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

### Osterpsalm

Christ ist erstanden!  
Schallt es in Lüften,  
Christ ist erstanden!  
Hallt es in Grüften:  
Lauernde Feinde,  
Zittert und bebt,  
Trauernde Freunde,  
Glaubet und lebt!

Engel bedeuten's  
Weinenden Frauen,  
Jünger verbreiten's  
Rings in den Gauen;  
Weit in den Landen  
Tönt es mit Macht:  
„Christ ist erstanden,  
Völker erwacht!“

Christ ist erstanden,  
Tod ist bezwungen,  
Weil sich in Banden  
Jesus entrunnen;  
Himmel ist offen,  
Erde versöhnt,  
Glauben und Hoffen  
Selig gekrönt.

E. Geibel.

### Die Idee unserer Bewegung

II

Wir sehen in den vorausgegangenen Darlegungen, daß die Idee der christlichen Arbeiterbewegung die christliche Gemeinschaftsidee ist. Rein äußerlich betrachtet könnte man einwenden: Wozu die Zeichnung dieser rein religiösen Ideenwelt als Grundlage unserer Arbeiterbewegung? Gewiß, wir nennen uns christlich, aber wir überlassen es der Kirche, immer wieder religiöses Leben zu wecken. Als Gewerkschaften aber handeln wir, erkämpfen wir unser Recht. Diese verhängnisvolle Trennung des Menschen in einen religiösen Menschen, der in der Kirche zu seinem Recht kam, einen Kulturmenschen, den man einmal ins Theater schickte, und einen Menschen des „Geschäftes“, der seinem Erwerb nachging, ist uns zum Verderben geworden. Da liegt die größte Schuld der bürgerlichen Kreise, die sich noch christlich nennen und nennen. Es gibt im Christentum keine Teilung des Menschen. Der Mensch ist eine Einheit, und das Einheitsfassende ist die Weltanschauung. Und eine Organisation, die nur äußeres Handeln der Glieder zusammensassen und leiten will, muß notwendig erstarren und letzten Endes zugrunde gehen. Und eine christliche Arbeiterbewegung, deren Ziel es ist, auch den Arbeiter zu einem vollgültigen Menschen zu machen, wäre zur Unfruchtbarkeit verurteilt, wenn sie dieses Ziel nicht bewußt erstrebte im engen Zusammenhang mit ihrer Weltanschauungsidee. Denn was ist ein vollgültiger Mensch im Sinne des Christentums? Nur der Mensch, der in sich selbst in seinem Leben die Rangordnung der Werte zu verwirklichen strebt, der aus sich selbst eine Einheit zu bilden bestrebt ist, ein Mensch, der körperliche und geistige Arbeit in den Dienst einer sittlich-seelischen Höherentwicklung stellt, und diese Höherentwicklung auch in seiner Gemeinschaft anstrebt und zu verwirklichen sucht, der Mensch ist vollgültig. Das gilt immer und für alle Zeiten, das gilt aber vor allen Dingen für eine Bewegung, die wie die christliche Arbeiterbewegung in den Mittelpunkt des öffentlichen Lebens gerückt ist.

Nennt sie sich bewußt christlich, dann kann sie ihre Aufgabe nur im tiefsten Zusammenhange mit ihrer Weltanschauung sehen, dann kann sie die Erfüllung ihrer Aufgabe nur aus diesen religiösen Wurzeln wachsen lassen. Wir bleiben uns aber bei der Herausarbeitung der großen sozialen Linien der christlichen Weltanschauung bewußt, daß es uns als Arbeiterbewegung nicht möglich ist, letzte dogmatische Vertiefungen zu geben. Wir sehen darum die Notwendigkeit, daß unsere einzelnen Glieder in lebendiger Verbundenheit mit ihrer konfessionellen Religionsgemeinschaft stehen, die ihrer Weltanschauung die letzte religiöse Vertiefung und dogmatische Glaubensfestigung gibt. Wir erwarten dann allerdings auch von diesen Religionsgemeinschaften, daß sie bei der Gesamtheit ihrer

Glieder das Bewußtsein stärken, daß wahre innere Religiosität auch wahre christlich-soziale Gesinnung einschließt, daß zwischen wahrer Religiosität, wahrer christlich-sozialer Gesinnung und äußerer Gesellschaftsgestaltung ein unzerbrechbarer Zusammenhang besteht. Wie wir den Geist einer christlichen Arbeiterbewegung verleugnen würden, wenn wir ihr Handeln nicht bestimmt sähen von der christlichen Weltanschauung, so würde jede christliche Religionsgemeinschaft ihren religiösen Geist verleugnen, wenn sie aufhörte, seine sozialen Auswirkungen im Gemeinschaftsleben der Menschen zu verlangen.

Welches war nun die Aufgabe der christlich-nationalen Arbeiterbewegung und welches ist sie heute? Welches war ihre Aufgabe? Ehe die Arbeiterchaft in den Mittelpunkt des Volkslebens gerückt war, hatte sie vor allem die Aufgabe, die sozialen Möglichkeiten, die mit unbedingter Notwendigkeit aus der christlichen Gemeinschaftsauffassung auch für sie abgeleitet werden mußten, auch für sich zu erkämpfen. Die Gesellschaftsstruktur war eine unchristliche. Die kapitalisierte Schicht der Arbeiterchaft war gezwungen, ihr Leben um ein kärgliches Maß von materiellen Gütern zu verzehren. Ihr Leben ging auf in der Produktion materieller Güter. Ein Teil dieser Güter fiel den Kapitalisten zu, die der kapitalistische Hauch zu immer größerer Konzentration zwang. Ein Teil diente dazu, den intellektuellen Kreisen des Bürgertums die Möglichkeit sorgloser geistiger Arbeit zu geben und Kulturgüter zu schaffen. Und ein Teil, und das war der schädlichste des deutschen Volkes, war in die Möglichkeit verlegt, sich Luxus- und Genussgüter zu verschaffen, die in ihrer Menge und Raffiniertheit kulturfeindlich waren. Unsere heutige unterwühlte, mit raffiniert sinnlichen Reizen getränkte Unkultur, ist eine der traurigsten Folgen.

Und die Arbeiterchaft? Ihr fiel nur ein geringer Teil von diesen materiellen Gütern zu, so viel, daß die größte Masse eben ihr Leben erhalten konnte oder auch das noch nicht einmal. Gewiß, sie hatte teil am technischen Fortschritt des Volkes, aber von den wertvollen Kulturgütern des Volkes, die den Menschen geistig, seelisch heben, war sie ausgeschlossen. Die Verneinung dieser Gesellschaftsform führte die Arbeiterchaft zum Handeln gegen dieses System, und zwar zum sittlich notwendigen Handeln.

Heute stehen wir vor einer neuen Gesellschaftsstufe. Die Arbeiterchaft hat ihren Kampf um einfachste Menschenrechte im Sinne des Christentums nicht vergeblich geführt. Ihr geistiger Spielraum hat sich zu weiten begonnen. Ihr Aufgabenkreis, der sich bis vor kurzem auf die Gemeinschaft der christlichen Arbeiter erstreckte, hat sich geweitet und umfaßt das ganze Volk. Die rein äußerliche Stellung der Arbeiterchaft, dazu die Tatsache des Verzagens des Bürgertums, die erwiesene Unfähigkeit des Sozialismus und seiner Anhänger stellt die christliche Arbeiterchaft vor die Notwendigkeit, von der Ablehnung der bisherigen unchristlichen Gesellschaftsform dazu überzugehen, den Grund für eine neue Gesellschaftsform zu legen, und rastlos auf ihre Verwirklichung hinzuwirken, und zwar auf die Verwirklichung einer Gesellschaftsform, die dem Geist der christlichen Gemeinschaftsauffassung entspricht, die auf den Grundsätzen der christlichen Soziallehre aufgebaut ist. Das ist die Aufgabe der christlichen Arbeiterbewegung von heute. Dabei bleibt natürlich der frühere Aufgabenkreis der Arbeiterbewegung an sich bestehen. Es wird immer ihr erstes Ziel sein und bleiben, ihrem eigenen Stand durch die Gewerkschaftsarbeit im eigentlichen Sinne die materiellen und geistigen Auswirkungsmöglichkeiten zu schaffen, die jeder Mensch und jede Menschenschicht zu beanspruchen haben.

Wenn wir eine neue Wirtschaftsform erstreben, so bedeutet das nicht, daß wir nach Art der Sozialdemokratie irgendeine Wirtschaftsform konstruieren, um die Masse mit Schlagworten fesseln zu können. Wir sind uns bewußt, daß in der Abwicklung allen Weltgeschehens eine Vorkehrung waltet, und wir sind uns auch bewußt, daß es blinde Kräfte gibt in jedem

wirtschaftlichen Geschehen, die eine schlagwortmäßige Wirtschafts- und Gesellschaftskonstruktion niemals zulassen. Dieser Glaube ist weit entfernt von einem Glauben an willkürliches Walten von Naturgesetzen, er ist auch weit davon entfernt, unsere Aktivität zu lähmen. Im Gegenteil: Wir sind uns bewußt, daß für uns als christliche Arbeiterbewegung die Zeit höchster Aktivität gekommen ist. Nur ein schlagwortmäßiges Konstruieren lehnen wir ab, weil wir uns selbst die Enttäuschung ersparen wollen, die heute den Sozialismus zernagt.

Die Idee der christlichen Arbeiterbewegung, die christliche Gemeinschaftsauffassung, läßt die verschiedensten Formen der Wirtschafts- und Gesellschaftsgestaltung zu. Für alle Möglichkeiten bildet die christliche Soziallehre die Norm, sie bildet den Rahmen für verschiedene Formen und Gestaltungen.

### Endlich Geld für den Wohnungsbau!

Am 14. März hat der Reichstag in der dritten Sitzung das Gesetz über die Änderung der Wohnungsbaubausgabe angenommen, das den Satz der Wohnungsbaubausgabe für die Jahre 1923 und 1924 auf 3000 Prozent der Friedensmiete festsetzt. Gleichzeitig faßte er eine Entschliebung, wonach die Regierung aufgefordert wird, einen gleichen Betrag, wie er durch die Wohnungsbaubausgabe auskommt, aus allgemeinen Staatsmitteln zur Befhebung der Wohnungsnot im besetzten und Einbruchgebiet herzugeben.

Mit diesen Beschlüssen ist — Mitte März endlich — die finanzielle Grundlage für das laufende Baujahr gelegt. Wir wollen an dieser Stelle darauf verzichten, der berechtigten bitteren Kritik Ausdruck zu geben, die sich einem wegen ihrer Verzögerung aufdrängt. Die Folge davon wird sein, daß ein großer Teil der für die Bautätigkeit günstigen Jahreszeit ungenutzt verstreicht und die Bauarbeiter auf der Straße liegen, während gegen Ende des Jahres sich die Aufträge wieder häufen werden und der bekannte Facharbeitermangel eintreten wird.

Was bedeutet zunächst die Abgabe für das Baugewerbe? Der Ertrag einer 3000prozentigen Wohnungsbaubausgabe ist auf etwa 180 Milliarden Mark zu schätzen. Unter der Voraussetzung, daß das Reich die gleiche Summe aus allgemeinen Mitteln zur Verfügung stellt, wären also insgesamt etwa 360 Milliarden Mark für den diesjährigen Wohnungsbau verfügbar. Damit aber kann man heute kaum 15 000 Wohnungen bauen. Leider wird deshalb anzunehmen sein, daß man seitens der Länder an dem bisherigen System der ungenügenden Abbürdung des unrentierlichen Bauauswandes festhalten, daß man also pro Wohnung nur einen Zuschuß von etwa 8-10 Millionen Mark gewähren wird, wodurch mit Hilfe obiger Mittel etwa 40 000 Wohnungen bezuschusst werden können. Hieraus geht hervor, daß wir — natürlich unter Ausschluß einer weiteren Geldentwertung — eine etwas stärkere Bautätigkeit als im Vorjahre erleben werden. Demgegenüber aber ist leider mit einem Rückgang der privaten, der industriellen und auch der öffentlichen Bautätigkeit zu rechnen, so daß es doch fraglich erscheint, ob der gesamte Baumarkt gegenüber dem Vorjahre sogar nicht noch einen Rückgang aufweisen wird.

Wesentlich ungünstiger liegen die Verhältnisse, wenn wir das Ergebnis der Reichstagsverhandlungen vom Standpunkte des Volkswirtschaftlers und des Sozialpolitikers werten. Es muß da mit aller Deutlichkeit festgestellt werden, daß wir der Lösung des großen Problems, nämlich der Bekämpfung der Wohnungsnot, kaum näher gekommen sind. Hundertmal ist es bereits ausgesprochen worden, daß wir jährlich mindestens 100 000 Wohnungen bauen müssen, um in absehbarer Zeit eine Verminderung der Wohnungsnot zu erzielen. Da wir aber kaum die Hälfte davon bauen werden, kann heute bereits gesagt werden, daß trotz der diesjährigen Wohnungsbaubausgabe über's Jahr die Wohnungsnot größer sein wird, als heute.

Mit Hilfe der Wohnungsbaubausgabe allein ist das aufgestellte Ziel der allmählichen Ueberwindung der Wohnungsnot, wie hier ja früher schon ausgesprochen, nicht zu erreichen. Von uns sind Vorschläge genug gemacht worden, die einen gangbaren Weg weisen. Wie es heißt, will sich auch der Reichstag in nächster Zeit mit der Prüfung weiterer Möglichkeiten zur Mittelbeschaffung

lassen. So fand im Reichstag ein Antrag Annahme, der die Regierung ersucht, einen Entwurf zur Schaffung von Mietschutzparagrafen vorzulegen. Ob man allerdings auf ein baldiges Ergebnis hoffen darf, steht dahin.

Denn das eine muß mit aller Deutlichkeit als das betrüblichste Ergebnis der letzten Reichstagsberatungen gebucht werden: Die Opposition der grundsätzlichen Gegner unserer bisherigen Wohnungspolitik ist im Reichstage immer härter geworden. Es wäre falsch, vor dieser Tatsache die Augen zu verschließen.

Warum stehen denn gerade wir uns mit solcher Zähigkeit für eine ausreichende Finanzierung der Bauwirtschaft ein, die doch für uns alle schwere Opfer und Leiden bedeutet? Diese Frage aufzuwerfen, heißt eingestehen, daß wir die Kreise der deutschen Mieterchaft überhaupt noch nicht wissen, worum es im Ernst geht. Nicht unsere Wohnungswirtschaft auf Grund einer unzureichenden Neubautätigkeit, die den Mangel der Wohnungsnot zum Explodieren bringen muß, zusammen, so geht die Entwicklung mit Naturnotwendigkeit hin zur freien Mietwirtschaft. Für die breiten zur Mietwohnenden Schichten heißt es also: Entweder freiwillige Gewährung einer ausreichenden Wohnungsbauabgabe, d. h. Erweigerung der Gesamtmieter (einschließlich der Zuschläge zum Reichsmietengesetz) auf das 100-150fache der Friedensmiete, oder aber zwangsläufige Entwicklung hin zur freien Mietwirtschaft mit 3-4000fachen Friedensmieten.

Das wissen natürlich auch die Gegner unserer bestehenden gebundenen Mietwirtschaft und versuchen deshalb, mit stärkstem Nachdruck gerade hier ihren Hebel anzusetzen, der das bestehende System aus den Angeln heben und den Haus- und Grundbesitzern riesenhafte Summen in den Schoß werfen soll. Mit ihnen verbündet sind jene Kreise der Landwirtschaft und Industrie, die danach trachten, sich von den auch ihnen auferlegten Lasten der Wohnungsbauabgabe auf Kosten der nur zur Mietwohnenden Bevölkerung zu befreien. Demgegenüber sind die großen Organisationen, namentlich der deutschen Arbeitnehmerchaft, stets dafür eingetreten, den bisher bestehenden Weg weiter zu verfolgen. Einmal, weil nur so eine wirkliche Bekämpfung der Wohnungsnot möglich ist - denn die freie Mietwirtschaft bringt uns wohl 3-4000fache Mieten, aber damit keineswegs die dringend erforderlichen neuen Wohnungen - zum anderen aber, weil bei dem beispiellos gestiegenen Reallohnsummen der deutschen Arbeitnehmerchaft die Freigabe der Mietpreisgestaltung den wirtschaftlichen Zusammenbruch zahlloser Familien, namentlich der linderreichen, bedeuten würde, die aus dem unerträglich teuer gewordenen Wohnungen vertrieben, in Höhlen und Unterständen zu hausen gezwängt wären. Das aber würde eine Katastrophe bedeuten, die unserem deutschen Volke den Rest geben würde.

Die Verhandlungen im Reichstage haben mit wünschenswerter Deutlichkeit gezeigt, wessen sich die Mieter zu verteidigen haben. Die Annahme der obenstehenden Beschlüsse erfolgte nur mit ganz knapper Mehrheit. In der zweiten Lesung war es sogar nur eine starke Minderheit, die für das bisherige System eintrat. Keine Täuschung darüber, die wirtschaftliche Reaktion hat sich in letzter Zeit so geäußert, daß sie es nunmehr wagen kann, zum entscheidenden Schlage gegen den letzten Rest unserer gebundenen Wirtschaft auszuholen. Dabei sind ihr leider sogar durch Arbeiterabgeordnete Helfershelfer erwachsen, die von der Tribüne des Reichstages herab Ausführungen machten, die zu den wiederholt erklärten

Grundsätzen des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Christo flem Widerspruch standen. Vor allem war es der Arbeitersekretär Andre (Zentrum), der durch seine rein agitatorischen und nur oberflächlich durchdachten Ausführungen den Gesetzentwurf in der zweiten Lesung zu Fall gebracht hatte. Im gleichen Atemzuge erklärte er eine 3000prozentige Wohnungsabgabe als unerträglich für Arbeitnehmer und Mieter, während er seine Bedenken trug, einen größeren Anteil des Hausbesitzes an den Mieterträgern, also praktisch die freie Mietwirtschaft, zu fordern. Gegen eine derartige Einpännerpolitik eines unserer Bewegung angehörigen Abgeordneten kann gar nicht scharf genug protestiert werden.

Gerade angesichts der Tatsache, daß in der nächsten Zeit im Reichstage noch der für unsere gesamte Wohnungspolitik überaus wichtige Mieterschutzgesetzentwurf zur Beratung steht, muß an die unserer Bewegung angehörigen Abgeordneten die bringende Forderung gerichtet werden, daß sie entsprechend den grundlegenden Beschlüssen des Deutschen Gewerkschaftsbundes über ihre engeren Parteinteressen hinweg im Reichstage ihrer Pflicht als Arbeitervertreter genügen. Was nützen uns schöne Reden und Beschlüsse, wenn unsere Vertrauensleute im Parlamente versagen? Das muß einmal offen ausgesprochen werden, denn nur ihr einmütiges Zusammenarbeiten im Sinne unserer einheitlich aufgestellten Forderungen gibt uns die Gewißheit, daß der erstarrenden wirtschaftlichen und sozialen Reaktion mit der nötigen Entschiedenheit im Reichstage entgegenzutreten und uns so der dringend nötige Friede im Innern erhalten wird.

### Nochmals: Eine infame Fälschung

Auf unsere Notiz mit der vorstehenden Ueberschrift antwortet der „Grundstein“ (Nr. 11):

In der Nr. 10 der „Baugewerkschaft“, der Zeitung des christlichen Bauarbeiterverbandes, wird das angeblich von einer Arbeitgeberorganisation an schlesische Firmen gefandte und von der Spitzenorganisation der Arbeitgeber als Fälschung bezeichnete Rundschreiben (siehe Nr. 8 und 10 des „Grundstein“) als eine infame Fälschung bezeichnet. Im Anschluß daran beschuldigt das Blatt den „Grundstein“ und die „Dachdeckerzeitung“ der mangelnden Vorsicht, weil sie das Rundschreiben in ihrer Nr. 8 vom 24. Februar veröffentlichten, als die Fälschung schon bekanntgegeben war. Die Veröffentlichung des nach Angabe der Arbeitgeberorganisation gefälschten Rundschreibens muß der „Baugewerkschaft“ sehr nahe gegangen sein, daß sie es als infam bezeichnet. Sollte die „Baugewerkschaft“ die Gewerkschaftsfreundschaft der Arbeitgeberorganisation für so zweifelhaft halten, daß nur in niederträchtiger und gemeiner Absicht, die Arbeitgeberorganisation zu verleumden, das Gegenteil behauptet werden kann, und daß ihr ein derartiges Rundschreiben gar nicht zuzutragen ist? Den Vorwurf der mangelnden Vorsicht hätte sich der Verfasser der „Baugewerkschaft“-Notiz ruhig ersparen können; denn er wird doch von seinem eigenen Blatte wissen, daß die Gewerkschaftsblätter lange vor ihrem Erscheinungstage abgeschlossen werden müssen; der „Grundstein“ muß sogar neun Tage vor dem Erscheinungstage abgeschlossen werden. Als wir am Donnerstag, 15. Februar, mittags die Nr. 8 vom 24. Februar abschlossen, war der „Vorwärts“ Nr. 75 vom Abend vorher noch nicht in unserm Besitz; geschweige die spätere Veröffentlichung. In der Nr. 10 hat der

„Grundstein“ dann mitgeteilt, daß das Rundschreiben nach Angabe der Arbeitgeberorganisation auf einer Fälschung beruht und im übrigen das Ergebnis der vom Textilarbeiterverband angeführten Untersuchung abgewartet werden muß. Der Vorwurf, den die „Baugewerkschaft“ gegen den „Grundstein“ erhebt, trifft also daneben.“

Unser Vorwurf trifft deshalb nicht daneben, weil schon vor dem 15. Februar das Arbeitgeber-Zirkular als Fälschung bezeichnet worden war, zwar nicht im „Vorwärts“, aber in anderen Blättern. Wir müssen aber nunmehr einen viel schwereren Vorwurf gegen den „Grundstein“ erheben. Nicht weniger als dreimal betont er in der vorstehenden Auslassung, daß das Rundschreiben „nach Angabe der Arbeitgeberorganisation“ eine Fälschung ist, und gleichzeitig bezieht er sich auf seine erste Nichtigstellung, wonach „im übrigen das Ergebnis der vom Textilarbeiterverband angeführten Untersuchung abgewartet werden muß“. Der „Grundstein“ verschweigt seinen Lesern, daß das Ergebnis der Untersuchung des Textilarbeiterverbandes bereits vorliegt, und hiernach die Fälschung tatsächlich eine solche ist und nicht nur nach Angabe der Arbeitgeberorganisation. Wörtlich hieß es in der von uns zitierten Veröffentlichung des „Vorwärts“: „Der Hauptvorstand des Verbandes sandte einen Vertreter nach Schlesien, wo sich das Original des Rundschreibens befinden sollte. Ueber das Ergebnis seiner Nachforschungen teilt uns der Hauptvorstand des Deutschen Textilarbeiterverbandes nunmehr mit, daß das angebliche Rundschreiben eine Fälschung ist. Ein jahrzehntelang in der Gewerkschaftsbewegung stehender Angestellter eines anderen Verbandes hat dieses Rundschreiben dem Hauptvorstand des Deutschen Textilarbeiterverbandes in einer Form mitgeteilt, die an der Echtheit um so weniger einen Zweifel aufkommen ließ, als der Uebermittler bisher als durchaus zuverlässig galt. Aus welchen Motiven heraus der Fälscher gehandelt hat, ob und von welcher Seite er einen Auftrag hatte, wird sich hoffentlich bald herausstellen.“ Da wir nicht annehmen wollen, daß die „Grundstein“-Redaktion absichtlich ihren Lesern die Wahrheit verschweigt, bleibt nur übrig, daß sie die in Nr. 10 der „Baugewerkschaft“ wörtlich zitierte Nichtigstellung des „Vorwärts“ gar nicht gelesen hat, sondern nur unseren Kommentar dazu.

Einen noch böseren Vereinsfall erlebt der „Grundstein“ hinsichtlich seiner Vermutung, die Veröffentlichung der Fälschung müsse uns sehr nahe gegangen sein, da wir sie als „infam“ bezeichneten. Die Ueberschrift „Eine infame Fälschung“ war wörtlich aus dem „Vorwärts“ übernommen. Der Satz im „Grundstein“ müßte also richtig lauten: „Die Veröffentlichung des nach Angabe der Arbeitgeberorganisation gefälschten Rundschreibens muß dem „Vorwärts“ sehr nahe gegangen sein, daß er es als infam bezeichnet.“

### Allgemeine Rundschau

#### Sozialisierung oder Sozialreform?

In der Zeitschrift „Die Glocke“ vermittelt der sozialistische Landrat von Harndt seinen Parteigenossen folgende, für einen Sozialisten gewiß bittere Erkenntnis: „Die überwältigende Mehrheit unserer parteigenössigen Wirtschaftspraktiker ist heute der Uebergangung, daß Deutschland nur durch die Wiedereingliederung in die Weltwirtschaft gerettet werden kann. Die Weltwirtschaft ist kapitalistisch organisiert, und wir haben vorderhand kein Mittel, das zu ändern. Wir müssen aber auch

politischen Richtungen! Das hält auf die Dauer kein Pferd aus.

Konrad: Ich bedaure wirklich die Arbeiter, die sich eine solche Organisation als ihre Interessenvertretung gewählt haben. Erst recht wäre es nicht nach meinem Geschmack, mich für mein eigenes Geld noch in meiner religiösen Uebergangung beschimpfen zu lassen.

Wilhelm: Das muß anders werden. Hier müssen wir zuerst den Hebel ansetzen und bemüht sein, diese Verirrten wieder auf die richtige Fährte zu bringen. Genau so, wie du heute Abend mit mir verfahren hast.

Konrad: So, Wilhelm, ich bin an meiner Bejahung angelangt. Gehe auch sofort nach Hause und bereite dich auf die morgige Hausagitation vor. Denn das wird doch morgen Aufsehen erregen, wenn die Arbeiter erfahren, daß du wieder zum christlichen Verband übergetreten bist. Und unsere Betete werde ich nun doch wohl vertieren, denn du wirst die meisten Neuaufnahmen zu Buchen haben.

Wilhelm: Ich danke dir bestens, daß du mich wieder ins richtige Fahrwasser gebracht hast. Und nun gute Nacht bis morgen bei der Hausagitation.

#### Ruhsantwendung:

Wie steht es denn bei dir, mein lieber Leser? Sind dir nicht auch schon solche Fälle im Leben vorgekommen? Warst du dann bestrebt, diese verirrten Kollegen wieder für unseren Verband zurückzugewinnen? Oder bist du auch einer von denen, die glauben, durch „Beitragszahlen“ ihre Pflicht erfüllt zu haben? Aber da befindest du dich auf dem Holzwege. Der Beitrag ist nur ein Mittel zur Durchführung unserer hohen idealen Ziele.

Aus dem vorstehenden Zwiegespräch ersiehst du, wie leicht man mitunter ins rote Fahrwasser kommen kann. Diese christlich Denkenden in den „freien“ Gewerkschaften müssen wir alle wieder in unseren Verband zurückbringen. Erachte das als eine deiner gewerkschaftlichen Hauptaufgaben! Ermuntere und ermahne auch deine anderen Arbeitskollegen an diese ihre Pflicht. Und wenn wir so Hand in Hand an die Arbeit gehen, dann kann der Erfolg nicht ausbleiben. Denn: „Bereinte Kraft großes schafft.“

Walb Weber, Jülich

### Ein Gespräch und seine Ruhsantwendung

Konrad: Hast du gehört, Wilhelm, Montag sollen die Verbandsbücher kontrolliert werden.

Wilhelm: Das soll mir doch schampe sein.

Konrad: Wie? Das ist dir gleichgültig? Du wirst doch wohl nicht zu den „Verbandsfrauen“ zählen wollen!

Wilhelm: Da laß uns ein andermal drüber reden.

Konrad: Ja, sag, woher denn diese Gleichgültigkeit?

Wilhelm: Ich verstehe wohl keine Ruhe und Arbeit, Konrad. Früher war's doch was anderes um den Verband, als wir gemeinsam Sonntag nachmittags im Heimatsort den Beitrag einsammelten und Hausagitationen betrieb. Da machten wir die Betete, wer im Jahr hindurch die meisten Kollegen dem christlichen Bauarbeiterverband zuführen würde. Heute aber ist's anders. Die Verbände haben keinen Einfluß mehr.

Konrad: Ei, ei, Wilhelm, urteile mal nicht zu früh. Du bist ja das gerade Gegenteil von dem, was du früher warst.

Wilhelm: Du wirst doch, der Krieg hat uns beide auseinandergerissen. Du wurdest damals zur Westfront und ich zur Ostfront kommandiert. Inzwischen verlor ich meine Eltern. Meine einzige Schwester verheiratete sich. Und so lebte ich eltern- und heimatslos zurück. Vor Jungmann über mein hartes Schicksal wurde ich verbittert und alles war mir gleichgültig. Und in diesem Mißgeschick fand ich im Harn der Kommunisten. Auch hier wollte es mir anfangs nicht recht gefallen, denn deren Weltanschauung widerspricht sich mit der von meinem Vater gelehrt. Allmählich gewann sie aber doch die Oberhand in mir.

Konrad: Dein Schicksal ist allerdings hart. Aber wie kann ein Mensch dadurch so tief sinken!

Wilhelm: Das wirst du weiter! Bis dahin war ich noch immer Mitglied des christlichen Bauarbeiterverbandes gewesen. Aber du wirst doch, daß wir die Wirtschaft sozialisieren wollen. Das Privateigentum soll und muß Gemeingut werden. Die Ausbeutung der Arbeiter durch die schändliche Mentalität des Kapitalisten muß endlich

aufhören. Dem Kapitalisten, dem Industriellen, dem Stückhauger, gilt unser zielbewusster Klassenkampf. Dieses alles widerspricht doch den Grundsätzen der christlichen Gewerkschaften. Und so bin ich denn auch Mitglied der „freien“ Gewerkschaften geworden. Was ich auch heute noch bin.

Konrad: Und doch vorhin die dumme Bemerkung über die Bücherkontrolle? Soll man daraus schließen, daß du dich auch in dieser Organisation nicht wohl fühlst?

Wilhelm: Offen gestanden, darüber machte ich mir in letzter Zeit schon oft Gedanken, wenn ich so im stillen euren Verband hier auf der Baustelle betrachtete, wenn euer Vandalenlegierter sich ohne Eireberei und voll Opferwilligkeit dem Gesamtwohl der Arbeiterschaft widmete.

Konrad: Das gibst du also doch noch zu, daß nur wir christlich Organisierten der notleidenden Arbeiterschaft zu einem besseren Dasein verhelfen können?

Wilhelm: Ja, allerdings. Ihr habt doch wenigstens noch Religion im Leibe, die euch zu echten sozialen Menschen heraufhebt und keinen Klassenhaß kennt.

Konrad: Wenn ich an deiner Stelle stände, Wilhelm, würde ich kein Bedenken mehr haben, dem christlichen Verbande wieder beizutreten.

Wilhelm: Das kann ich nicht so ohne weiteres. Da gehört auch ein Stück Mut dazu.

Konrad: Du hast du doch noch von früher. Nur der gute Wille fehlt bei dir.

Wilhelm: Nun denn, ich will. Hier, Konrad, schlag ein. Ich will wieder eintreten in eure Reihen und dann wollen wir wieder gemeinsam unsere Hausagitation betreiben und treue Mittläufer sein zur Durchführung der hohen idealen Ziele einer christlich-nationalen Arbeiterbewegung.

Konrad: Siehst du, Wilhelm, das hast du brav gemacht. Würden doch alle zur Erkenntnis kommen, daß man mit dem Geist des Materialismus das Los der Arbeiterschaft nicht bessern kann, und daß Schreiben das ungeringste Mittel sind, um die Welt neu zu gestalten.

Wilhelm: Die „freien“ haben zwar den Grundsatz: „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“. Aber ich sage dir, im gewöhnlichen Leben sieht das ganz anders aus. Diese Raubgiererei in den Verbänden seitens der einzelnen

feststellen, daß nur eine kapitalistisch organisierte Volkswirtschaft in eine solche Weltwirtschaft eingegliedert werden kann. Dabei wollen wir es dahingestellt sein lassen, ob etwa unmittelbar nach Kriegsende die Möglichkeit bestand, aus Deutschland eine sozialistisch bewirtschaftete Oase mit Transformatorstationen an den Grenzen zwecks Anschluß an den Weltkapitalismus zu machen. Heute besteht diese Möglichkeit jedenfalls nicht mehr. Heute muß es sich nur darum handeln, die deutschen Jahnräder wieder möglichst reibungslos in das große Maschinenwerk der Weltwirtschaft einzurücken. Daß dieses Maschinenwerk in sich die schwersten Konstruktionsfehler birgt, darüber kann es unter Sozialisten gar keine Meinungsverschiedenheiten geben. Diesen Rädern kann nur durch die Einstellung der Gesamtwirtschaft auf den Bedarf abgeholfen werden. Die deutsche Arbeiterchaft ist jedoch zurzeit nicht in der Lage, die Welt von der Profitwirtschaft in der Welt durchzuführen.

Wir haben bisher kriegswirtschaftliche Reminiszenzen mit angeblichen sozialistischen Forderungen verquillt und sind dabei von der falschen Vorstellung ausgegangen, man könne — um im technischen Sinne zu bleiben — zwischen die Räder der Welt- und der Volkswirtschaft ein Vorgelege einschleichen, das den Lauf der letzteren verlangsam und damit alle, die an ihr arbeiten, vor den Gefahren eines atomlosen Tempos schützt. Inzwischen hat sich folgendes herausgestellt: man kann der heimischen Bevölkerung durch Eingriffe in die Verteilung und Preisgestaltung wohl gewisse zeitlich begrenzte Vorteile verschaffen. Es ist aber schon technisch völlig unmöglich, den fremden Reisenden und das fremde Kapital vom Genuß dieser Vorteile auszuschließen. Ueberforderung und Ausverkauf des heimischen Kapitals aller Art sind die unmittelbaren Folgen. Zweifelslos birgt das kapitalistische System ganz schwere Gefahren für die Freiheit und Wohlfahrt der Nicht-Beherrschenden. Aber wir werden diese Gefahren niemals bannen, wenn wir innerhalb einer Volkswirtschaft, die ihre Grenzen nicht hermetisch schließen kann und darf, die Verteilung und Preisgestaltung reglementieren. Solche Maßnahmen verpußen entweder — dann diskreditieren sich Gesetzgebung und Verwaltung damit — oder sie schädigen die Wirtschaft. Wir kommen den Gefahren des Kapitalismus zurzeit nur durch eine großzügige Sozialpolitik bei.

Das ist im wesentlichen die Lage gesehen, wie sie tatsächlich ist. Leider ist die Einstellung der sozialistischen Massen zu diesen Dingen heute noch eine ganz andere. — Die Schlussfolgerungen möchten wir in ihrer Absolutheit nicht einmal vorbehaltlos unterzeichnen. Wir sind vielmehr der Meinung, daß den Gefahren des Kapitalismus auch durch gewisse Maßnahmen der Wirtschaftspolitik, z. B. durch Bekämpfung der Macht der Kartelle und Syndikate bzw. ihre gemeinwirtschaftliche Umgestaltung, überhaupt durch die Verstärkung des Einflusses der Arbeitnehmer und Verbraucher auf die Wirtschaft, beigegeben werden kann.

**Wertbeständige Anleihen**

Die günstige Ausnahme, die den ersten sogenannten wertbeständigen Anleihen in Deutschland beschieden war, hat die Unternehmungskluft auf diesem Gebiete stark angeregt. Täglich bringt die Börsen- und Handelspresse Ankündigungen neuer Koggen-, Kohlen-, Kots- und sonstiger wertbeständige Anleihen. Diese Emissionen entsprechen zweifelslos einem sehr starken Bedürfnis, und zwar sowohl auf Seiten der Ausgeber wie der Zeichner. Industrie, Gemeinden, Landwirte, Länder und Reich konnte auf dem bisherigen Wege der Ausgabe von Markrenten sich schon seit geraumer Zeit keine Gelder mehr beschaffen, da das Publikum, im Hinblick auf die Marktentwertung, keine Neigung mehr zeigte, seine Mittel in Papiermarken oder auf solche lautenden Papiere anzulegen. Der Sparfuss weiter Kreise war bereits im Schwinden begriffen, da sich keine Möglichkeit bot, Gelder so anzulegen, daß sie vor der Marktentwertung gesichert gewesen wären.

Hier bieten nun die wertbeständigen Anleihen tatsächlich eine gewisse Möglichkeit zu einer volkswirtschaftlich unschädlichen „Flucht vor der Papiermark“. Die bisherige starke Nachfrage nach wertbeständigen Renten bildet jedoch unter Umständen eine gefährliche Versuchung zu leichtfertiger Ausgabe. Jetzt schon ist die Buntschichtigkeit auf diesem Gebiete groß. Unter diesen Umständen verdient das Vorgehen des Deutschen Sparkassen-Verbandes und des Deutschen Zentralgüterverbandes besondere Beachtung, die durch Einrichtung von Goldkonten bei den Sparkassen und für die Reorganisation des Kapitalmarktes zu schaffen suchen. Die Verbände verfügen über den notwendigen sachmännischen Apparat, um die Emissionsstätigkeit auf diesem Gebiete aufmerksam verfolgen und kontrollieren zu können. Wenn die Gegenwerte für die eingezahlten Spareinlagen von einer Zentrale aus beschafft werden, so verringert sich für den einzelnen Sparer das Risiko.

Es muß alles aufgegeben werden, um den Spartrieb in weiten Kreisen wieder zu wecken und den Anleihemarkt zu reorganisieren. Besonders das Baugewerbe ist von der Wiederbelebung der Spartätigkeit stark abhängig.

**Ueber den Weltmarktpreisen!**

Es wetterleuchtet am deutschen Preishimmel! Die eben beendete Leipziger Frühjahrsmesse stand im Zeichen einer ausgeprochenen Geschäftsflaute. Der Sonderberichterstatter des „Berliner Tageblatts“ faßt seinen Eindruck dahin zusammen:

„Der von dem blühenden Export Deutschlands vor dem Kriege stark sinnliche Eindruck empfangen und den Geschäftsgang auf dem deutschen Meissen nach dem Kriege verfolgt hat, kann sich eines beklemmenden Gefühls nicht erwehren, wenn er jetzt von den Vertretern der meisten Industriezweige die resignierte Auskunft erhält, daß Ausländer jetzt gar nicht kaufen, daß die Preise weit über den Weltmarktpreisen liegen und daß Deutschland für sehr zahlreiche Warengruppen auf dem

**Um 31. März 1923 ist der dreizehnte Wochenbeitrag für das Jahr 1923 fällig.**

Weltmarkt nicht mehr konkurrenzfähig sei. Die Preiswelle hat ihren höchsten Kamm erreicht und überschlägt sich. Sie wird manchen Fabrikanten unter sich begraben. Das Eingeständnis der Exportunfähigkeit wird von Fabrikanten und Großhändlern mit einer bemerkenswerten Offenheit gemacht.“

Bemerkenswert ist, was der Berichterstatter über die Gründe der Preisübersteigerung mitteilt:

„Die Fabrikanten, namentlich aus der Großindustrie, scheinen geneigt zu sein, das verteuerte Moment hauptsächlich in den Löhnen zu suchen und den Arbeiter mit seinen Forderungen als Sündenbock hinzustellen. Wenn eine Geforderung unserer kranken Wirtschaft angestrebt werden soll, muß solchen Versuchen, die Wahrheit zu verschleiern, entschieden entgegengetreten werden. Der Arbeitslohn macht auf weiten Produktionsgebieten nur 20 bis 30 Prozent des Fabrikationspreises und fällt bei hochwertigen Waren, deren Preis in die Millionen geht, keineswegs am schwersten ins Gewicht. Entscheidend für den Exportpreis ist nur das Verhältnis, in dem der inländische Arbeitslohn zu dem ausländischen steht, und da muß gesagt werden, daß die an die deutschen Arbeiter gezahlten Löhne noch weit unter den Arbeitslöhnen anderer Länder stehen, deren Rumbuchung wir jetzt auf dem Weltmarkt verloren haben. Ein Qualitätsarbeiter in der Tschechoslowakei verdient für die Stunde sechs Kronen, also etwa 1000 M., und ein holländischer Arbeiter 90 Cent bis zu einem Gulden, also etwa 8000 M. Zwischen diesen Löhnen und den deutschen, die jetzt durchschnittlich etwa 1500 M für die Stunde betragen, klafft noch eine große Differenz, die imstande sein sollte, die deutschen Preise mit den Weltmarktpreisen wenigstens auf einer Stufe zu halten.“ Man sollte es meinen! Aber der Berichterstatter hat schon recht: „Den Wurzeln des Übels kommt man aber wohl näher wenn man darauf hinweist, daß die Fabrikanten in dem Währungschaos vielfach den Sinn für Zahlen verloren haben. Man hat sich zu sehr daran gewöhnt, mit den Millionen zu jonglieren, und es fällt nun schwer, zu einer genaueren und sparsameren Kalkulation zurückzukehren. Die Ausländer wehren sich dagegen, daß die deutschen Fabrikanten hohe Rabatte mit demselben leichten Sinn behandeln wie die Papiermark, während in den hochvalutarischen Ländern mit Gulden, Kronen und Pfunden sehr genau gerechnet wird.“

Schärfer kann unsere korruptierten Kalkulationsmoral wohl kaum das Urteil gesprochen werden. Uns jagen diese Ausführungen nichts neues. Wertvoll ist nur, daß sie von einer so unverdächtigen Seite ausgesprochen werden.

**„Krieg dem Kriege“**

und „Nieder mit den Nordwaffen!“ war einst das Feldgeschrei der Sozialisten aller Schattierungen. Heute finden die Kommunisten, daß nur in der „Bewaffnung des Proletariats“ das Heil liegt. „Um den ersten Schritt zur Mobilisierung der deutschen Arbeiter zu machen“, fordert die Belegschaftsversammlung der „Aga“ in Berlin-Nichtenberg die Durchführung folgender Beschlüsse:

- 1. Von jedem Werkangehörigen, freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter ist die militärische Ausbildungsart und Eignung festzustellen.
- 2. Die einzelnen Waffengattungen haben unter Kontrolle und Anweisung des gewerkschaftlichen Funktionärkörpers, besonders Zusammenkünfte abzuhalten.
- 3. Bei nationalitätlichen Erhebungen oder sonstigen für die Arbeiterklasse Abwehr erheischenden Vorfällen hat sich die gesamte Belegschaft im Betrieb einzufinden. Die versammelten Arbeiter der „Aga“, Nichtenberg, erwarten vom DAB., der Berliner Gewerkschaftskommission, vom ADGB. und vom Afa-Bund ganz energische Schritte, um die längst notwendige Bewaffnung der Arbeiter durchzuführen.

Darüber hinaus fordern wir die Arbeiter und Angestellten in allen Groß- und Mittelbetrieben auf, unserem Beispiele zu folgen und gegen die täglich größer werdenden und frecher auftretenden Fasziensbanden einen Abwehrwall zu schaffen.“

Bekanntlich wollen die Kommunisten die Menschheit einem Zustand entgegenführen, wo es eitel Friede und Freude gibt. Ihn mit dem Schießprügel herbeizuführen, ist auch eine Methode, wenn auch die des Wahnsinns. Im übrigen wäre es interessant, einmal festzustellen, wie viele dieser Nordsterke bis zum November 1918 unorganisiert und gelb waren.

**Gegen unzureichende Entschädigungen für Lehrlinge**

wendet sich der preussische Minister für Handel und Gewerbe. Er hat die Aufsichtsbehörden der Handwerkskammern angewiesen, ihr Augenmerk auf die vielfach unzulänglichen Kostgelder und Entschädigungen hinzuweisen, die solchen Lehrlingen gezahlt werden, die nicht in die Familiengemeinschaft des Lehrmeisters aufgenommen worden sind. Die Aufsichtsbehörden der Handwerkskammer sollen die Kammern veranlassen, ihren ganzen Einfluß aufzubieten, damit derartige Mißstände baldigt abgeholfen wird. Im übrigen weist der Minister darauf hin, daß ähnliche Mißstände auch in manchen industriellen Betrieben bestehen, und beauftragt die Regierungspräsidenten, sich in derartigen Fällen der Mitwirkung der Handelskammern und der Gewerbeaufsichtsbeamten zu bedienen.

**Lohnwelle im Januar 1923**

Nach einer Veröffentlichung in der vom Reichstatistischen Amt herausgegebenen Zeitschrift „Wirtschaft

und Statistik“ ergaben sich für die Arbeitergruppen in den Hauptzweigen der nachstehenden Gewerbe- und Industriezweige im Januar folgende Wochenlöhne (für das Baugewerbe errechnet nach den Tariflöhnen in 22 Großstädten mit mehr als 200 000 Einwohnern und Erfurt):

Beruf	Wochenlohn		Steigerung gegenüber 1913	
	Facharb.	Fülfsarb.	Facharb.	Fülfsarb.
Maurern, Zimmerer	22 580	21 461	602 fach	733 fach
Holzarbeiter	22 193	19 793	706	889
Metallarbeiter	25 212	23 108	695	980
Textilarbeiter	22 674	20 442	866	908
Fabrikarb. (Chemie)	27 646	25 485	838	1047
Buchdrucker	20 636	17 867	606	788

Vom Durchschnitt Dezember 1922 bis zum Durchschnitt Januar 1923 ergeben die Tariflöhne der vorstehend genannten Arbeitergruppen unter Berücksichtigung der Arbeiterzahlen eine Lohnsteigerung um 59 v. H. auf 23 435 M wöchentlich für Gelehrte und um ebenfalls 59 v. H. auf 21 635 M wöchentlich für Ungelehrte. Seit der Vorkriegszeit sind die gewogenen Wochenlöhne der gleichen Arbeitergruppen auf das 688fache für Gelehrte und 914fache für Ungelehrte gestiegen. Wie die Zusammenstellung zeigt, erreichen die Bauarbeiterlöhne diesen durchschnittlichen Steigerungssatz nicht.

**Wirtschaftliche Bewegung**

**Reichstarifvertrag für das Dachdebergewerbe**

Am 13. und 14. März fanden in Berlin zwischen Vertretern der beteiligten Organisationen Verhandlungen statt, behufs Abschluß eines neuen Reichstarifvertrages. Zu einem Abschluß kam es jedoch nicht, vielmehr sind die Verhandlungskörper der Ansicht, daß eine nochmalige Rücksprache mit den Auftraggebern nötig ist und deshalb eine nochmalige Beratung über das endgültige Schicksal des Reichstarifes entscheiden soll.

Bis zur endgültigen Regelung bleibt der Reichstarif in seiner jetzigen Form in Kraft, ebenso die Orts- und Bezirkstarife.

**Bezirk Breslau**

Am 5. März fanden in Breslau Lohnverhandlungen zwecks Regelung der Märzlöhne statt. Da keine Einigung erzielt wurde, tagte am 8. März das Bezirkslohnamt und legte durch Schiedsspruch den Märzlohn auf den Februarlohn plus 20 Prozent fest. Die Arbeitgeber lehnten den Schiedsspruch ab. Daraufhin wurde der Schlichtungsausschuß angerufen. Dessen Schiedsspruch bestimmte, daß für die Zeit vom 1. bis 7. März der Februarlohn bestehen bleibt, ab 8. März sollten 20 Prozent zugelegt werden. Die Arbeitgeber haben jetzt auch diese Regelung abgelehnt. Die Verbindlichkeitsklärung ist von Arbeitnehmerseite beantragt. Die Bauarbeiterchaft der ganzen Provinz Niedererschließen wird durch dieses Verhalten der Arbeitgeber sehr geschädigt. Der Spitzenlohn im Bezirk beträgt heute noch 1162 Mark. Der Bauarbeiter ist seit Monaten der schlechtestbezahlte Handwerker in Schlesien. Dazu kommt noch die große Arbeitslosigkeit in diesem Winter. Ein derartiges Verhalten des Arbeitgeberbundes kann in dieser Zeit nicht scharf genug beurteilt werden. Die Entscheidung des Demobilisierungskommissars geben wir in der „Baugewerkschaft“ bekannt.

**Feuerungungs- und Schornsteinbau**

**XVII. Festsetzung der Löhne**

Gemäß V B 3 des Reichslohn- und Arbeitsstarifvertrages für Feuerungstechnische Arbeiten vom 3. März 1923 werden folgende Sätze festgesetzt:

- 1. Von der Lohnwoche, in welche der 16. März fällt, wird der Grundlohn für Norddeutschland auf 1645,38 M. für Süddeutschland auf 1637,50 M. festgesetzt. Danach stellen sich die zu zahlenden Löhne einschließlich Gehaltsgeld wie folgt:
- |                                                                       | Norddeutschland | Süddeutschland |
|-----------------------------------------------------------------------|-----------------|----------------|
| Feuerungsmaurer                                                       | 1810,— M        | 1802,— M       |
| Schornsteinmaurer                                                     | 2057,—          | 2047,—         |
| Schornsteinmaurer, die noch nicht 1 Jahr im Schornsteinbau tätig sind | 2007,—          | 1998,—         |
| Feuerungshelfer                                                       | 1728,—          | 1720,—         |
| Schornsteinhelfer                                                     | 1892,—          | 1883,—         |

2. Die Reiseentschädigung wird vom 16. März 1923 wie folgt berechnet:

Der feste Satz	1810,— M	1802,— M
Kilometergeld	84,50	84,70

Die Spannung an den einzelnen Punkten zwischen Hochbaumaurerlohn einerseits und Facharbeiterlohn andererseits soll berartig sein, daß der Feuerungsmaurer stets 5 Prozent, der Schornsteinmaurer stets 10 Prozent über den Hochbaumaurerlohn erhält; Helfer erhalten in diesem Falle den Hochbaumaurerlohn. Gehaltsgeld, Weggeld sind mit einbegriffen.

**Aus dem Verbandsleben**

**Ein Schulbeispiel sozialistischer Industriefamkeit**  
 Dorsten (Westf.). Auf der hiesigen Ton- und Ziegelei arbeiten circa 70 Arbeiter. Von diesen ist der Kollege Stahlherm Mitglied unseres Verbandes, während alle übrigen im „Deutschen Bauarbeiterverband“ und „Feizer- und Maschinenverband“ organisiert sind. Die Arbeits- und Lohnverhältnisse schienen nicht die besten

sein, da unser Mitglied berechnete Klagen in einer der letzten Versammlungen vorbrachte. Unser freigestellter Kollege versprach Hilfe und stellte eine Kontrolle auf der Baustelle in Aussicht. Mittlerweile hatte ein Mitglied des Bauarbeiterverbandes sich freiwillig entschlossen, zu uns überzutreten, da er innerlich, nach seiner Aussage, zu uns gehörte, und ihn die Vertreibung der Interessen auf der Baustelle nicht zusagte. Als nun unser Postbeamter, Koll. Gintig, zur Arbeitsstelle kam, erlebte er ein sonderbares Schauspiel. Kaum hatte er ein paar Worte mit dem Kollegen Stahlherm gewechselt, als der Obmann Stephan mit noch zwei anderen Arbeitern auf ihn eindrangen und ungestüm verlangte, die Baustelle zu verlassen, da er angeblich keinen Ausweis habe. Auf den Einwand, daß ein Vertreter der Organisation zu jeder Arbeitsstelle Zutritt habe, und daß die Arbeiter sich freuen sollten, wenn ein Angestellter des Verbandes auf der Arbeitsstelle erscheint, wurde nur mit Hohn gelächelt und allerlei Wutausdrücke geantwortet. Trotz aller Enttäuschung und ganz entschiedener Verwahrung gegen ein solches Verhalten, mußte unser Kollege die Arbeitsstelle verlassen, da sich die sonderbaren Freiheiten selber sogar nicht scheuten, ihm Handgreiflichkeiten anzudrohen. Der Obmann ließ sich sogar dazu hinreißen, zu erklären: „Wäre es dunkel und hätten wir dich unter vier Augen würdest du nicht die Baustelle verlassen.“ So geschahen im Dörfchen am 1. März im 20. Jahrhundert, und das zu einer Zeit, wo die französisch-belgische Bejahung uns hier im Ruhrrevier bis aufs Blut peinigt. Das dicke Ende wird wohl bei der Sache nachkommen. Aber nicht genug damit. Mittags fand eine Betriebsversammlung statt, in welcher unseren Mitgliedern 24 Stunden Bedenkzeit gegeben wurde, entweder überzutreten, oder die Baustelle zu verlassen. Die „Genossen“ hatten aber kein Glück damit, da unsere Kollegen fest blieben und die Firma gegen verbotenen Terror nicht entsprach. Dieses Schicksal sozialistischer Insubordination beweist wieder einmal so recht drastisch, daß diese Leute nach wie vor noch dem Grundsatz haften: „Willst du nicht mein Bruder sein, so schlag ich dir den Schädel ein.“ Unsere Kollegen werden sich dies merken.

**Offenburg i. B.** Auf Grund der sehr guten Entwicklung der Verwaltungsstelle Offenburg und zum Teil auch durch die Belegung des Offenburger Gebietes ist es eine dringende Notwendigkeit geworden, in Offenburg als Zentralamt eine Geschäftsstelle zu errichten. Diese befindet sich bei unserem Schriftführer Karl Curt, Hauptpolier, in Offenburg, Kütelgasse 14 II. In allen gewerkschaftlichen Angelegenheiten wolle man sich an diese Adresse wenden.  
Die Kassengeschäfte führt wie bisher Kassierer Wilhelm Vetter in Weier b. Offenburg.  
Als Vorsitzender der Verwaltungsstelle ist für das laufende Jahr unser Kollege Josef Gud, Maurerpolier, in Kamersweier b. Offenburg gewählt worden.

### Polier- und Schachtmeisterbewegung

#### Zur Frage des Reichstarifvertrages für Poliere und Schachtmeister

Seit mehr als einem Jahre wird um das Zustandekommen des Reichstarifvertrages für Poliere und Schachtmeister zwischen den beiden Interessentengruppen gestritten. Bei den ersten Verhandlungsterminen, welche bald in Berlin, bald in Dresden stattfanden, bestand die Aussicht auf das Zustandekommen eines Vertrages. Allmählich jedoch hatten sich die Arbeitgeberverbände auf die Begriffsbestimmung eines Polier- und Schachtmeisters in einer für uns unannehmbaren Fassung so festgebissen, daß die weiteren Verhandlungen nicht mehr vom Flecke kamen. Als man bemerkte, daß die bestehende Tarifgemeinschaft der Arbeitnehmerorganisationen die enge Verzrenzung des Polier- bzw. Schachtmeisterbegriffes nicht in der von der Arbeitgeberseite vorgeschlagenen Form annehmen konnte und auch nicht wollte, verfiel man auf den Gedanken, die Bauarbeiterverbände von dem Poliervertrag auszuscheiden. Nur noch der Polierbund und die beiden Bergbauarbeiterverbände wollte man als Vertragsträger anerkennen. Die Tarifgemeinschaft als solche blieb jedoch bestehen und beharrte auf ihrem Standpunkt, daß der Vertrag mit ihr getätigt werden müsse, falls ein solcher überhaupt zustande kommen sollte. Am 18. Januar wandte sich die Tarifgemeinschaft unter Vorlegung des bisherigen Statutes an das Reichsarbeitsministerium mit der Bitte, dringlichste Verhandlungen einzuleiten. Nach Wochen ist nun endlich vom Arbeitsministerium auf diese Eingabe bei der Tarifgemeinschaft nachfolgende Antwort eingegangen:

Von Ihrem Wünsche, Einigungsverhandlungen über den Abschluß eines Reichstarifvertrages im Reichsarbeitsministerium nachstehend zu lassen, habe ich den beteiligten Arbeitgeberverbänden Kenntnis gegeben mit der Bitte, sich zu solchen Verhandlungen bereitzufinden.  
Der Beton- und Tiefbauarbeiterverband für den Ruhrrevier hat mir darauf mitgeteilt, daß er sich mit den beiden anderen in Frage kommenden Arbeitgeberverbänden des Reviers setzen wolle, bevor eine endgültige Antwort erteilt werden könne.  
Zusätzlich die Stellungnahme der Arbeitgeberverbände, welche Sie weitere Mitteilung erhalten.  
Im Auftrag im Auftrag gezeichnet Dr. Hausmann,  
Schriftführer, Reichsarbeitsministerium.  
Die die Antwort der beteiligten Arbeitgeberverbände auf dieses Schreiben vom Reichsarbeitsministerium anzufolgen wird, wissen wir zur Stunde noch nicht. Wir

glauben aber, daß gerade der Arbeitgeberverband für Beton- und Tiefbau alle Mühen springen lassen wird, um die Verhandlungen weiter zu verhindern. Wie wir nämlich aus zuverlässiger Quelle wissen, ist es gerade diese Arbeitgeberorganisation, welche der Beteiligung der Bauarbeiterverbände an den Verhandlungen den entschiedensten Widerstand entgegensetzt. Sollte sich in kürzester Frist keine Klärung der Dinge ergeben, dann werden die der Tarifgemeinschaft angehörenden Organisationen Mittel und Wege suchen müssen, um Verhandlungen zu erzwingen. Im allgemeinen kann man wohl sagen, daß die Haltung der Arbeitgeberverbände nicht dazu beiträgt, die Einheitsfront im deutschen Volk, von welcher heute so viel geredet und geschrieben wird, zu stärken.

### Bau-Rundschau

#### Die Industrie gegen die Stilllegung von Bauten

Der Reichsverband der deutschen Industrie hat an seine Mitglieder folgendes Rundschreiben gerichtet, dem hoffentlich nicht die Wirkung verjagt bleibt:

### Der „Deutsche“

Mit dem 1. April tritt in der Bestellung des „Deutschen“ eine Änderung ein. Bisher mußte die Bestellung zuerst bei der Zentralkasse unseres Verbandes gemacht werden, die sie an den Verlag weiterleitete. Solange die Post vierteljährliche Abonnements entgegennahm, war es möglich, daß die Bestellungen diesen Weg gehen konnten. Nachdem aber die Postabonnements nur monatlich zulässig sind, ist die Zeit zu kurz, um die Bestellungen in der bisherigen Weise weiter zu machen. Die Kollegen sollen daher die Zeitung bei der Post bestellen, und zwar jeder bei seinem zuständigen Postamt.

Unser Verband muß jedoch den Nachweis führen, daß er seine Pflichteremplare aufgebracht hat. Kann er dieses nicht, so muß er seine Pflichteremplare an den Verlag bezahlen. Es ist daher notwendig, daß die Postquittungen bis zum 15. jeden Monats an die Verbandszentrale eingesandt werden. Wenn dieses geschieht, so ist damit die Sache viel einfacher geworden wie früher. Jede Beschwerde über unpünktliche Zustellung kann dann von jedem Leser sofort bei seiner Post mit Erfolg erhoben werden, was bisher nicht möglich war. Dadurch, daß diese Beschwerden immer erst durch die Verbandszentrale an den Verlag geleitet werden mußten, ging viel Zeit und Geld verloren.

In den Verwaltungsstellen empfiehlt es sich, wie bisher die Werbung der Abonnenten vorzunehmen, jedoch mit dem Unterschied, daß nicht wie bisher die Bestellungen und Abonnementsbeträge an die Verbandszentrale gesandt, sondern die Bestellungen bei den dort zuständigen Postanstalten gemacht und dann nur die Postquittungen an den Hauptvorstand eingesandt werden. Letzteres darf unter keinen Umständen unterlassen werden, da sonst der Verbandskasse diese Summen verloren gehen würden. Der Abonnementspreis für April beträgt für Berlin 4500 M. und für außerhalb 4000 M. zuzüglich 36 M. Postbestellgeld.

Wir werden von der Fachgruppe Bauindustrie darauf aufmerksam gemacht, daß die Zuspitzung der wirtschaftlichen Lage an verschiedenen Stellen dazu geführt hat, Bauausführungen einzuschränken oder gar in Ausführung begriffene Bauten stillzulegen.

Der Beschäftigungsgrad des Baugewerbes ist für die gesamte Arbeitslage in Deutschland von besonderer Bedeutung. Es soll gerade in Zeiten zunehmender Arbeitslosigkeit auch Erwerbslose anderer Industrien bei sich aufnehmen. Eine Schließung baugewerblicher Betriebe würde nicht nur das Baugewerbe in engerem Sinne, sondern darüber hinaus die zahlreichen Industrien, die in innigem Zusammenhange mit der Bauindustrie stehen, schädigen.

Die heutige Lage läßt die Ausnutzung jeder Arbeitsmöglichkeit erforderlich erscheinen. Wir bitten unsere Mitglieder, auch in bezug auf das Baugewerbe diesem Gesichtspunkt Rechnung zu tragen. Gegebenenfalls müssen zur Fortführung auch von Bauvorhaben öffentliche Mittel in Anspruch genommen werden.

### Bekanntmachungen des Hauptvorstandes

Vom 1. April d. J. ab beträgt das Eintrittsgeld 300,— Mark, wovon die Hälfte an die Hauptkasse abzuführen ist. Etwa in den Verwaltungsstellen noch vorhandene Eintrittsmarken, die mit dem Wert von 50,— Mark bezeichnet

sind, müssen mit 300,— Mark verlastet und in der Abrechnung für das zweite Vierteljahr mit 300,— Mark verrechnet werden. Das Eintrittsgeld für Lehrlinge beträgt wie bisher 20,— M.  
Der Hauptvorstand.  
J. A.: Fr. Jacobi.

### Bekanntmachungen

#### Verwaltungsstelle Euskirchen

In Stelle des ausgewiesenen Kollegen Seurekamp werden jetzt die Verwaltungsgeschäfte von dem Kollegen Franz Leuninger geführt.  
Da auch die Büroräume beschlagnahmt sind, befindet sich jetzt das Büro Euskirchen, Ringstraße 29, Telefon 401 (gegenüber dem Kathol. Gesellenhaus).  
Alle Sendungen für die Verwaltungsstelle Euskirchen sind nach dort zu richten.  
L. H. Säusgen, Bezirksleiter.

#### Berichtigung

Der in der letzten Nummer der „Baugewerkschaft“ geprüfte Maurer heißt nicht August Bürger, sondern August Bürger (aus Freienohl bei Arnberg).  
Josef Wergenthal, Remscheid, Heidemannstr. 9.

### Sterbetafel.

Am 28. Februar starb nach fast zweijährigem schwerem Leiden unser treues Mitglied, der Kollege Jakob Straß.  
Verwaltungsstelle Saarbrücken.  
Am 4. März starb unser treuer Kollege Hermann Sennelempfer aus Dudderg.  
Verwaltungsstelle Westl.  
Am 5. März starb unser treuer Kollege Rudolf Koppel aus Dorndorf im Alter von 20 Jahren an Gehirnentzündung.  
Ortsgruppe Deidesdorf.  
Am 6. März starb nach kurzer Krankheit der Kollege Friedrich Albert im Alter von 70 Jahren.  
Verwaltungsstelle Paderborn.  
Ehre ihrem Andenken!

### Bauproduktivgenossenschaft „Baugewerkschaft“ e. G. m. b. H. Hildesheim

Bilanz vom 31. Dezember 1922

Aktiva		
Bareinlagen	826 733,88	
Schuldner:	4 600,—	
a) Forderungen für fertige Bauten	883 429,51	1 249 429,51
b) an Bauten i. Angriff	368 000,—	
Geräte, Rüstzeug etc.	45 000,—	
Materialien-Bestände	226 639,—	
		2 351 452,37
Passiva		
Geschäftskasse	83 500,—	
Spartasse der Mitglieder	78 850,—	
Reservefonds	1 729,01	
Gläubiger:		
a) Vorkaufzahlung für Bauten	200 000,—	1 648 516,60
b) Darlehen	390 000,—	
c) Rückstellungen	387 750,—	
d) Diverses	850 765,50	
Gewinn	289 854,98	
		2 351 452,37

#### Gewinn- und Verlust-Rechnung

Einnahmen		
Brutto-Uberschuß	908 494,87	
	908 494,87	
Ausgaben		
Allgemeine Kosten	111 293,01	
Zinsen	1 683,—	
Steuern	2 083,90	
Abföhrung an Gerichte etc.	15 546,16	
Rückstellungen:		
a) für Steuern	180 000,—	387 750,—
b) für zweifelhafte Forderungen	207 750,—	
Gewinn	289 854,98	
		908 494,87

Die Mitgliederzahl betrug am 31. Dezember 1922: 53 mit 65 übernommenen Anteilen. Die Gesamtsumme betrug 32 500,—

Gewinnverteilung laut Beschluß der Generalversammlung am 18. Februar 1923  
50% an den Reservefonds 194 927,48  
25% an den Gehaltsfonds für Geräte und Gerichte 97 462,24  
25% an den Fonds f. soziale Zwecke 97 462,24  
389 852,96

Hildesheim, den 15. Februar 1923.  
Der Vorstands  
El. Kreyß. Gelding.  
Der Aufsichtsrat:  
Jof. Selze. Carl Ehlers. B. Setne.